

12 Europäische und internationale Zusammenarbeit

Zusammenfassung

Grenzüberschreitende Herausforderungen erfordern grenzüberschreitende Lösungen. Ob die Bewältigung des Klimawandels, die Eindämmung globaler Pandemien oder die Entwicklung und Implementierung von Schlüsseltechnologien, wie Mikroelektronik oder Künstliche Intelligenz (KI), die internationale Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung bündelt Ressourcen, fördert Innovationen und hilft, globale Herausforderungen besser zu bewältigen. Sie ist von zentraler Bedeutung für die Sicherung von Wohlstand, Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit sowie Souveränität in Deutschland und Europa. Angesichts des steigenden Innovations- und Transformationsdrucks ist die weltweite Vernetzung wichtiger denn je. Die Bundesregierung kooperiert daher mit Partnerländern weltweit, um den globalen Wissensschatz zu erweitern und ein leistungs- und zukunftsfähiges, international ausgerichtetes Bildungs-, Wissenschafts- und Innovationssystem zu stärken.

Ein zentrales Ziel der Bundesregierung ist die stärkere Ausrichtung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit in Forschung und Innovation insbesondere an den Prioritäten der Hightech Agenda Deutschland (HTAD). Dazu zählen auch die Intensivierung und die Diversifizierung der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit strategisch relevanten Partnerländern und Fokusregionen, um deutsche Hightech-Akteure beim Zugang zu weltweiten Wissensströmen, bei der Erschließung neuer Märkte und der Reduzierung von Abhängigkeiten zu unterstützen.

Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist ein unverrückbarer Eckpfeiler deutscher Politik und genießt für die Bundesregierung höchste Priorität. Vor

diesem Hintergrund intensiviert die Bundesregierung stetig die Kooperation mit werteverbundenen Partnerstaaten. Bei Staaten, die diese Prinzipien nicht oder nur eingeschränkt teilen, werden Chancen und Risiken einer möglichen Kooperation sorgsam abgewogen.

In herausfordernden geopolitischen Zeiten ist immer wieder die Dialogfähigkeit der Wissenschaft gefragt, um Gesprächskanäle offenzuhalten. Deshalb ist Science Diplomacy ein wichtiges Instrument der internationalen Wissenschaftspolitik sowie der deutschen und europäischen Außenpolitik.

Schwerpunkte der Wissenschafts- und Forschungszusammenarbeit liegen auf Kooperationen mit der EU und europäischen Staaten, mit Nordamerika, mit innovationsstarken Partnern in Asien und Ozeanien, mit strategischen Partnern in Lateinamerika, mit ausgesuchten geopolitisch wichtigen Schlüsselstaaten in Afrika und im Nahen Osten sowie mit internationalen Organisationen und Gremien (OECD, UNESCO, Vereinte Nationen, G7 und G20).

Auf europäischer Ebene haben insbesondere die Neuausrichtung des Europäischen Forschungsraums (EFR), das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa, der künftige Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit (ECF), die weitere Ausgestaltung des Europäischen Hochschulraums (EHR) und das Programm Erasmus+ große Bedeutung. Die Bundesregierung gestaltet all dies aktiv mit. Auch die deutschen Wissenschafts- und Mittlerorganisationen im Ausland sind wichtige Akteure – etwa durch den Aufbau von Forschungsstrukturen, Wissenstransfer oder gemeinsame Projekte.

12.1 Internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation

Für Deutschland ist es essenziell, in die weltweiten Wissensströme und Innovationsprozesse eingebunden zu sein und diese aktiv mitzugestalten – zum einen, um einen verantwortungsvollen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel und Biodiversitätsverlust zu leisten, zum anderen, um seine Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität zu erhalten, zu steigern oder in neuen Bereichen aufzubauen. Daher treibt Deutschland **weltweite Vernetzung**  voran, um Wissenschaft und Bildung zu stärken und Innovationen zu fördern.

Gleichzeitig beeinträchtigen die in ihrer Intensität zunehmenden internationalen Systemrivalitäten, geopolitischen Spannungen und Tendenzen zur nationalen Abschottung sowie vermehrt kriegerisch ausgetragene Konflikte die internationale Wissenschaftszusammenarbeit.

Durch vielfältige Maßnahmen der Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation, auch im Rahmen von Science Diplomacy sowie in multilateralen Foren, treibt die Bundesregierung auch unter diesen herausfordernden Rahmenbedingungen die internationale Zusammenarbeit mit großer Energie voran und richtet sie stärker an den Prioritäten der Hightech Agenda Deutschland (HTAD) und weiteren Zukunftstechnologien aus. Dabei verständigt sie sich mit den Wertepartnern der EU, steht für Deutschlands Prinzipien ein und hält gleichzeitig den Austausch mit herausfordernden Staaten aufrecht.

Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation

Unterschiedliche Bundesressorts setzen eine Vielzahl bi- und multilateraler Programme und Einzelmaßnahmen ein. Diese reichen von gemeinsamen Förderbekanntmachungen, wirtschaftlichen Kooperationen, Beratung und Kapazitätsaufbau über Stipendien, Wettbewerbe und Preise, nachfrageorientierte Finanzierungsinstrumente und regionale Studienkredit-

programme bis hin zur Entwicklung anwendungsbezogener Curricula in den Partnerländern.

Auch das deutsche Hochschulsystem hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark internationalisiert. Inzwischen steht Deutschland an dritter Stelle der weltweit beliebtesten Studienstandorte, hinter den USA und dem Vereinigten Königreich. Im Juni 2024 verabschiedeten die Wissenschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern eine **Strategie zur „Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland“** , die auf zehn Jahre angelegt ist (2024–2034). Darin ist u. a. vorgesehen, europäische und internationale Hochschulkooperationen in Forschung und Lehre qualitativ auszubauen und zu vertiefen. Ein Beispiel hierfür ist die nationale Initiative „Europäische Hochschulnetzwerke“ (EUN) des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD), die als Begleitprogramm für deutsche Hochschulen zur europäischen Initiative „Europäische Hochschulen“ (fünfte Förderrunde 2025–2028) dient. Auch die seit 2021 vom AA geförderten fächerübergreifenden „Globalen Zentren“ des DAAD – vier für Gesundheit und vier für Klimawandel – in Asien, Lateinamerika und Subsahara-Afrika sowie die seit 2021 laufenden, vom BMZ geförderten SDG-Partnerschaften des DAAD zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN zählen zu den erfolgreichen Beispielen ( **7.3 Nachhaltige und klimaangepasste Landnutzung**).



Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung

Die Bundesregierung misst der internationalen Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft und Forschung einen hohen Stellenwert bei. Dies unterstreicht der im Herbst 2025 vom Bundeskabinett verabschiedete **„Bericht zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2023–2024“** [↗](#). Allein das BMFTR stellte im Jahr 2024 rund 1,086 Mrd. Euro für internationale Kooperationen zur Verfügung.

Der Bericht, den die Bundesregierung im Zwei-Jahres-Turnus vorlegt, stellt ihre Strategien und Maßnahmen zur Zusammenarbeit in Europa und mit außereuropäischen Ländern und Regionen in übersichtlich strukturierter Form dar und bietet damit Orientierung für Politik, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen, die sich international engagieren. Er beleuchtet, wie Deutschland seine Zusammenarbeit innerhalb Europas weiterentwickelt und wie Partnerschaften mit außereuropäischen Ländern und Regionen ausgestaltet werden.

Science Diplomacy: Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Diplomatie

In Zeiten geopolitischer Spannungen kommt der Wissenschaft eine besondere Rolle zu: Sie kann Brücken bauen und den Dialog zwischen Ländern aufrechterhalten. **Science Diplomacy** [↗](#) bzw. Wissenschaftsdiplomatie ist ein zentrales Element der Internationalisierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der deutschen **Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik** [↗](#), in deren Rahmen sich Deutschland für eine vernetzte, offene und globale Wissensgesellschaft sowie für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung weltweit stark macht. Sie setzt an der wichtigen Schnittstelle von internationaler Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik mit der Außenpolitik und Diplomatie an. Gleichzeitig wird deutlich, dass Freiheit, Sicherheit und Wohlstand unseres Landes auch von der Exzellenz unserer Wissenschaft, Forschung und Technologieentwicklung abhängen – die in großem Maße auf umfassenden internationalen Kooperationen basiert.

In den Themenfeldern der Science Diplomacy arbeiten BMFTR und AA eng zusammen. Mit einem Netzwerk von mehr als 40 Wissenschaftsreferentinnen und -referenten in den deutschen Auslandsvertretungen verfügen sie über ein personelles Instrument der Science Diplomacy: Die Fachleute beraten und begleiten Delegationen aus Wissenschaft und Politik, zeigen wissenschaftsrelevante Trends auf und initiieren und unterstützen bilaterale Kooperationen.

Auch Stipendienprogramme für ausländische Studierende und Forschende, die an Lösungen für globale Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemien und Migration arbeiten, sind ein zentraler Bestandteil der Science Diplomacy. Der Einsatz für die Wissenschaftsfreiheit erfolgt auch durch die vom AA geförderten Schutzprogramme wie die **Philipp Schwartz-Initiative** [↗](#) der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) für gefährdete Forschende und das **Hilde Domin-Programm** [↗](#) des DAAD für gefährdete Studierende und Promovierende. Mit beiden Programmen wurde auch auf besondere Bedrohungssituationen für die Studierenden und Forschenden reagiert – etwa in Afghanistan, im Iran und in der Ukraine. Ukrainische Forschende werden zusätzlich zum Hauptprogramm über die europäische **Initiative „MSCA4Ukraine“** [↗](#) gefördert. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR ermöglicht die vom AA geförderte **Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein** [↗](#) seit 1992 Geflüchteten ein Hochschulstudium in einem Drittland.

Science Diplomacy wird auch auf der europäischen Ebene vorangetrieben. Sie ist ein integraler Bestandteil des **„Globalen Ansatzes für Forschung und Innovation“** [↗](#) – der EU-Strategie für die internationale Zusammenarbeit in Forschung und Innovation (FuI). Die Europäische Kommission startete 2024 einen partizipativen Prozess zur Erstellung eines European Framework for Science Diplomacy. Im Ergebnis dieses Prozesses wurde 2025 ein **Bericht mit Empfehlungen** [↗](#) veröffentlicht. Das BMFTR unterstützte den Prozess durch die Mitarbeit in einer **Untergruppe des Forums des Europäischen**

Forschungsraums für den globalen Ansatz ↗ (engl. European Research Area Forum Standing Sub-Group on Global Approach).

Forschungssicherheit

Die internationalen Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschärft. Zunehmende Systemrivalitäten, insbesondere mit kritischen Partnern wie China, stellen die internationale Forschungszusammenarbeit vor neue Herausforderungen. Insbesondere die wissenschaftlich-technologische Kooperation zu Schlüsseltechnologien (→ **3.1 Technologische Souveränität**) wird dabei aufgrund der Sicherheitsrelevanz zunehmend anspruchsvoll.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die **Forschungssicherheit** ↗ und ihre Stärkung erheblich an Bedeutung. Sie umfasst die frühzeitige Antizipation und das systematische Management von Risiken wie zuvorderst unerwünschtem Wissens- und Technologieabfluss, unzulässiger Einflussnahme sowie missbräuchlicher Nutzung von Forschungsergebnissen. Ziel ist es, Wissenschaftsfreiheit sowie die Offenheit und internationale Vernetzung des Wissenschaftssystems zu bewahren, zugleich aber Forschungsaktivitäten, -kooperationen und -infrastrukturen wirksam zu schützen und damit sowohl die Wissenschaftsfreiheit als auch die Sicherheits-, Vorsorge- und Wirtschaftsinteressen Deutschlands und Europas zu sichern.

Daher hat die Bundesregierung ein **Eckpunktepapier** ↗ zur Einrichtung einer Nationalen Plattform für Forschungssicherheit im Dezember 2025 vorgelegt. Sie soll in Abstimmung mit staatlichen und wissenschaftlichen Akteuren eine fortlaufende Nationale Risikoanalyse vornehmen und Wissenschaftseinrichtungen und -organisationen dabei unterstützen, Chancen und Risiken von Forschungsaktivitäten und -kooperationen angemessen zu bewerten und Risiken zu reduzieren.

12.2 Multilaterale Zusammenarbeit

Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Verschmutzung der Umwelt durch giftige Chemikalien und Müll, Pandemien, geopolitische Auseinandersetzungen – angesichts der globalen Krisen ist multilaterale Zusammenarbeit dringlicher als je zuvor. Gleichzeitig wird die lange etablierte regelbasierte internationale Ordnung von einigen Akteuren in Frage gestellt. Deutschland engagiert sich daher für die Stärkung multilateraler Institutionen und regelbasierte internationale Zusammenarbeit.

Wichtige Gremien im Bereich Bildung und Forschung sind die G7 und die G20 – informelle Austauschforen großer Industrie- und Schwellenländer. Ebenso zentral sind die Vereinten Nationen (engl. United Nations; UN), insbesondere die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Universität der Vereinten Nationen (UNU) sowie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Gruppe der Sieben (G7)

Die **G7** ist ein informelles Forum der sieben Industrieländer Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten von Amerika. Außerdem ist die Europäische Union (EU) bei allen G7-Treffen gleichberechtigt vertreten. Sowohl bei den Treffen der Fachministerinnen und Fachminister als auch bei jährlichen Gipfeltreffen stimmen die Mitglieder gemeinsame Positionen zu globalen politischen Fragestellungen ab.

Seit der deutschen Präsidentschaft 2015 werden regelmäßig Treffen der Wissenschaftsministerinnen und Wissenschaftsminister der G7 ausgerichtet. Mit der Annahme der Abschlusserklärung des von der **italienischen G7-Präsidentschaft** im Juli 2024 organisierten Treffens vereinbarten die G7-Mitglieder eine verstärkte Kooperation zu den folgenden Themen: Forschungssicherheit und -integrität, Open Science und Wissenschaftskommunikation; große Forschungsinfrastrukturen; Zusammenarbeit mit Afrika im Bereich Forschung und Innovation;

Forschung zu neuen Technologien, Weltraum sowie Meeren, Ozeanen und ihrer Biodiversität.

Im Rahmen der **kanadischen G7-Präsidentschaft** im Jahr 2025 ist das BMFTR im neu gegründeten IDT-Track (Industry, Digital and Technology) aktiv vertreten und übernimmt eine zentrale Rolle bei Schlüsselthemen wie Quantentechnologien und Forschungssicherheit. Um die globale Forschungslandschaft noch widerstandsfähiger und vertrauenswürdiger zu machen, wurde die G7-Arbeitsgruppe „Security and Integrity of the Global Research Ecosystem (SIGRE)“ erneut eingerichtet. 2025 kam die „G7 Semiconductor Point of Contact Group“ in Deutschland zusammen, um aktuelle geopolitische Herausforderungen im Bereich Halbleiter zu erörtern.

Gruppe der Zwanzig (G20)

Die **G20** ist ebenfalls ein informelles Forum, das die wichtigsten Volkswirtschaften der Welt sowie die Afrikanische Union (AU) und die EU umfasst. Nach ihrer Gründung 1999 war die G20 zunächst ein Forum der Finanzministerien und Notenbanken. Seit dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs 2008 hat sie ihre Agenda auf internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Themen der globalen Agenda – etwa Klima, Gesundheit und soziale Sicherung – und auch den Kreis der Teilnehmenden erweitert. Sie umfasst seit 2024 eine Arbeitsgruppe Forschung und Innovation (engl. Research and Innovation Working Group). In den vergangenen Jahren standen insbesondere aktuelle Themen wie Open Science, Biodiversitätsverlust, Klimakrise und Energiewende sowie der gerechte Zugang zu Forschung und Innovation im Mittelpunkt. Im G20-Agrarstrang gibt es seit 2012 ein eigenständiges Fachformat für Agrarforschung (engl. Meeting of Agricultural Chief Scientists; **MACS-G20**), das federführend vom BMLEH betreut wird. 2026 hat die USA die G20-Präsidentschaft inne.

Deutschland setzt sich für eine Intensivierung der Nord-Süd-Zusammenarbeit sowie für eine offene, transparente, verantwortungsvolle und multilaterale

Zusammenarbeit ein und unterstützt die Schwerpunkte und Strategien der G20 zur Förderung der offenen FuI-Kooperation. Dabei folgt die Bundesregierung konstant dem Prinzip offener und freiwilliger Zusammenarbeit auf der Grundlage einvernehmlich festgelegter Bedingungen. Deutschland vertritt die Position, dass Forschungsfreiheit, Forschungssicherheit und ein starker rechtlicher Schutz des geistigen Eigentums gewahrt bleiben müssen.

Vereinte Nationen (UN)

Die UN mit ihren mehr als 30 Organen und Unterorganisationen bildet das Forum für globale Kooperation, um staatenübergreifende Probleme zu lösen. Insgesamt gehören 193 Staaten der UN an. Als Höhepunkt des „**Our Common Agenda**“ -Prozesses fand im September 2024 der Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen statt, auf dem der erste **Zukunftspakt der UN** verabschiedet wurde. Dieser legt die Richtung für die zukünftige multilaterale Zusammenarbeit fest und enthält u. a. den Global Digital Compact. Die Bundesregierung leitete gemeinsam mit Namibia als Ko-Fazilitatoren die Verhandlungen zum Pakt. Zum 80. Jubiläum der UN hat der UN-Generalsekretär 2025 mit der UN80-Initiative einen umfassenden Reformprozess angestoßen, um die UN effizienter zu machen, Mandate der Mitgliedstaaten zu überprüfen und bestehende Kapazitäten besser zu vernetzen.

Innerhalb der UN widmet sich die UNESCO mit vier Hauptprogrammen den Themen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Ihre Wissenschaftsprogramme stärken weltweit die Wissenschaftsfreiheit, internationale wissenschaftliche Kooperationen und globale Standards und Qualitätsmaßstäbe. Sie unterstützen die Mitgliedstaaten beim Aufbau von Forschungskapazitäten, bei der Entwicklung passgenauer Wissenschaftspolitik und bei der ethischen Auseinandersetzung mit Technologien wie Künstlicher Intelligenz und Neurotechnologien. Die **Deutsche UNESCO-Kommission** agiert an der Schnittstelle zwischen Regierung, Zivilgesellschaft und der UNESCO. Sie berät, vermittelt und vernetzt insbesondere bei der Umsetzung der UNESCO-Ziele und -Werte in Deutschland.

Deutschland ist im Bereich der Wissenschaft und Forschung besonders aktiv in den UNESCO-Netzwerken

der Geoparks, Biosphärenreservate, Ozeanographie und Süßwasserforschung. Mit dem **Internationalen Zentrum für Wasserressourcen und Globalen Wandel** (engl. **International Centre for Water Resources and Global Change; ICWRGC**) Koblenz und dem **Institut für Biosphärenreservate** (engl. **Biosphere Reserves Institute; BRI**) Eberswalde sind derzeit zwei Forschungsinstitute unter UNESCO-Schirmherrschaft in Deutschland angesiedelt. Internationale Kooperationen zur Meeresforschung stärkt das BMFTR in der **UN-Ozeandekade** über verschiedene Forschungsprojekte und bringt sich als Mitglied der Ocean Decade Alliance aktiv in das internationale Jahrzehnt für die Ozeanforschung ein. Deutschland ist zudem Gründungsmitglied der Zwischenstaatlichen Ozeanographischen Kommission der UNESCO (engl. Intergovernmental Oceanographic Commission; IOC) und unterstützt deren Arbeit aktiv.

Die **United Nations University (UNU)** bildet mit Standorten in zwölf Staaten ein globales Netzwerk von 14 Forschungseinrichtungen, von denen drei in Deutschland ansässig sind. Mit der Förderung dieser Institute unterstützt das BMFTR wissenschaftsbasierte politische Entscheidungsfindung in multilateralen Gremien. Gemeinsam mit dem United Nations Institute for Training and Research (UNITAR) koordiniert die UNU den UN80-Prozess im Cluster Training und Research. Die Bundesregierung fördert zudem sowohl das **UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen Hamburg (UIL)**, das auch das Sekretariat des weltweiten Netzwerks der Learning Cities innehat, als auch das **UNESCO-UNEVOC** International Centre for Technical and Vocational Education and Training mit Sitz in Bonn zur Verbesserung der Berufsbildungssysteme der Mitgliedstaaten.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Derzeit arbeiten in der **OECD** die Regierungen von 38 Staaten zusammen. Die Organisation setzt globale Standards, entwickelt weltweit anerkannte Indikatoren und spricht Politikempfehlungen aus. Im Berichtszeitraum konzentrierte sich die Arbeit der **OECD im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation** auf die drei Schwerpunkte Innovation, Nachhaltigkeit

und zentrale Transformationsprozesse, Technologien- und Data-Governance sowie Dateninfrastrukturen und neue Instrumente für die Forschungs- und Innovationspolitik. Zu diesen Themen wurden Projekte durchgeführt und Berichte veröffentlicht.

Im April 2024 traf sich die deutsche Bundesforschungsministerin mit ihren Amtskolleginnen und -kollegen der anderen OECD-Länder in Paris. Dort verabschiedeten sie die „**Declaration on Transformative STI Policies for a Sustainable and Inclusive Future**“ [↗](#) und veröffentlichten die „**OECD Agenda for Transformative Science, Technology and Innovation Policies**“ [↗](#) sowie das „**Framework for Anticipatory Governance of Emerging Technologies**“ [↗](#). Im Jahr 2024 publizierte die OECD ferner den **Bericht „OECD Artificial Intelligence Review of Germany“** [↗](#), der das deutsche KI-Ökosystem analysiert. Mit dem **Semiconductor Informal Exchange Network (SIEN)** [↗](#), in das sich Deutschland aktiv einbringt, richtet die OECD zudem einen gezielten Fokus auf die besonderen globalen Herausforderungen im Bereich Halbleiter.

Im Oktober 2025 erschien die aktuelle Ausgabe des „Science, Technology and Innovation Outlook“ (STI Outlook). Inhaltlich baut der **OECD STI Outlook 2025** [↗](#) auf der **Ministererklärung von 2024** [↗](#) auf und formuliert Empfehlungen für eine transformative, inklusive und evidenzbasierte FuI-Politik sowie für verstärkte Werteorientierung in internationalen FuI-Kooperationen und in der Technologie-Governance.

Darüber hinaus wurden 2025 das „**OECD Science, Technology and Innovation Scoreboard**“ [↗](#) und die „**OECD Main Science and Technology Indicators**“ aktualisiert. Zudem gab die OECD im Juni 2025 im Bericht „**OECD Economic Surveys: Germany 2025**“ [↗](#) Empfehlungen für forschungspolitische Reformen, um das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Auf der Online-Plattform „EC-OECD Science, Technology and Innovation Policy Compass (**STIP Compass**)“ [↗](#) werden umfangreiche Daten über FuI-Strategiepapiere, -Rahmenprogramme und relevante Fördermaßnahmen bereitgestellt. An der Datenerhebung 2025 beteiligten sich mehr als 60 Länder und meldeten mehr als 8.700 Politikinitiativen – darunter 245 aus Deutschland.

Die **Internationale Energieagentur (IEA)** [↗](#) als autonome Einheit der OECD berät deren Mitgliedsstaaten in Bezug auf Energiefragen und Versorgungssicherheit. Das Committee on Energy Research and Technology (CERT) koordiniert in der IEA weltweite Zusammenarbeit in der Energieforschung. Deutsche Forschungspartner sind an den zahlreichen IEA-Forschungsprogrammen (engl. Technology Collaboration Programme; TCP) beteiligt.

12.3 Wissenschafts- und Mittlerorganisationen

Wissenschaftlicher Austausch und exzellente Forschung über Ländergrenzen hinweg stärken Welttoffenheit und internationale Verständigung. Gerade die deutschen Wissenschafts- und Mittlerorganisationen im Ausland übernehmen dabei eine Schlüsselrolle: Durch den Aufbau von Forschungsstrukturen, Wissenstransfer und gemeinsame Projekte leisten sie wertvolle Beiträge zu Lösungen für globale Herausforderungen und stärken zugleich den FuI-Standort Deutschland. Mit ihrer Arbeit steigern sie als Akteure der Außenwissenschaftspolitik zudem Deutschlands Sichtbarkeit in der Welt und knüpfen nachhaltige Verbindungen, die Wissenschaft und Gesellschaft national wie international bereichern.

Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Der **DAAD** [↗](#) mit Sitz in Bonn ist die weltweit größte Förderorganisation für den internationalen Austausch von Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die gemeinsame Einrichtung der deutschen Hochschulen und Studierendenschaften feierte 2025 ihr 100-jähriges Bestehen. Neben der Vergabe von Stipendien umfassen die Zielsetzungen des DAAD die Internationalisierung der deutschen Hochschulen, die Stärkung der deutschen Sprache im Ausland, die Unterstützung von Entwicklungsländern beim Aufbau leistungsfähiger Hochschulen sowie die Beratung von Akteuren in der Bildungs-, Außenwissenschafts- und Entwicklungspolitik. Wichtiger Bestandteil des DAAD ist dabei sein umfangreiches Außennetzwerk.

Mit seiner **Strategie 2030** [↗](#) hebt der DAAD die Chancen internationaler Kooperationen hervor, lässt aber auch potenzielle Risiken nicht außer Acht. Die Handlungsfelder Fördern, Vernetzen und Beraten sowie die Querschnittsdimensionen Nachhaltigkeit, Diversität und Digitalisierung prägen die DAAD-Strategie 2030 inhaltlich.

Das Programmspektrum des DAAD umfasst eine breite Palette von Maßnahmen, die von der Förderung von

Auslandsaufenthalten für Studierende, wissenschaftlichen Nachwuchs und Forschende über Programme zur Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland bis hin zum Aufbau von Hochschulen im Ausland reicht. Die maßgeblich durch die Bundesregierung finanzierten Programme sind in der Regel offen für alle Fachrichtungen und alle Länder und richten sich ebenso an internationale wie an deutsche Antragstellerinnen und Antragsteller. Der Gesamthaushalt des DAAD, ohne überjährig bereitgestellte Mittel beim Programm Erasmus+, lag 2024 bei ca. 753 Mio. Euro. Mehr als 140.000 Deutsche und Menschen aus allen Teilen der Welt wurden 2024 durch den DAAD inklusive der EU-Programme gefördert.

Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH)

Seit über 70 Jahren fördert die **AvH** [↗](#) mit Sitz in Bonn Wissenschaftskooperationen zwischen exzellenten ausländischen und deutschen Forschenden und versteht sich als Mittlerorganisation der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Dafür vergibt die AvH Forschungsstipendien und -preise, darunter die Alexander von Humboldt-Professur, den höchstdotierten internationalen Forschungspreis Deutschlands. Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher aus dem Ausland sollen damit für dauerhafte Positionen an deutschen Universitäten gewonnen werden. Weitere Programme, wie die Georg Forster-Forschungsstipendien oder das Internationale Klimaschutzstipendium, richten sich an Forschende in Schwellen- und Entwicklungsländern. Zudem unterstützt die AvH mit der Philipp Schwartz-Initiative gefährdete Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und dient dem Schutz der Wissenschaftsfreiheit. Im Jahr 2024 hat die AvH insgesamt 754 Stipendien und Preise vergeben. Zudem hat die AvH im Rahmen des **„1.000-Köpfe-Plus-Programms“** [↗](#) (engl. Global Minds Initiative Germany) mit der zusätzlichen Förderung von internationalen Forschenden begonnen ([👉 10.7 Internationale Fachkräfte](#)).

Darüber hinaus werden von der AvH aus dem fast 32.000 Persönlichkeiten umfassenden Alumni-Netz-

werk heraus hochrangige Kolloquien, Kollegs und Symposien insbesondere im Ausland organisiert. Mit Formaten wie dem Humboldt Residency-Programm und dem Communication Lab zur Stärkung der Wissenschaftskommunikation gibt die Stiftung Impulse für wissenschaftspolitische und gesellschaftliche Diskussionen. Die Gesamtausgaben der Stiftung beliefen sich 2024 auf rund 160 Mio. Euro, die überwiegend aus Mitteln des Bundes und der EU finanziert werden.

In den Jahren 2024 bis 2028 stehen der Wissenschaftsstandort Deutschland, die Wissenschaftsfreiheit, der Globale Süden und die Gesellschafts- und Politikberatung als Aufgabenfelder im Mittelpunkt der mit „Resiliente Wissenschaft für eine Welt im Wandel“ betitelten Strategie der AvH.

Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH) im Ausland

Schaufenster, Repräsentanzen, Netzwerkknoten: An derzeit fünf Standorten weltweit geben die DWIH deutschen Innovationsträgern internationale Sichtbarkeit. Sie stärken die Kenntnis über die deutsche Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationslandschaft, beraten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland und den Sitzländern und vernetzen die Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft vor Ort.

Als Forum für Dialog und Vernetzung organisieren die DWIH Formate wie Vortragsreihen und Summer Schools mit herausragenden Persönlichkeiten aus Forschung und Wirtschaft, aber auch Pitch- und Matchmaking-Events, insbesondere mit Blick auf jährliche Schwerpunktthemen wie „Künstliche Intelligenz“ (2024), „Globale Gesundheit“ (2025) oder „Science for Society“ (2026).

Am 10. Februar 2026 wurde der DAAD in Russland zur unerwünschten Organisation erklärt und das DWIH Moskau musste schließen. Bis dahin hatte das Institut – angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine – bereits nur noch eingeschränkt als Austauschplattform und Beratungszentrum für die deutsch-russische Wissenschaftszusammenarbeit ohne eigene Veranstaltungen fungieren können.

Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das DAI ist außer mit seinem Hauptsitz in Berlin mit seinen Auslandsstandorten – Amman, Athen, Bagdad, Istanbul, Jerusalem, Kairo, Lissabon, Madrid, Peking, Rom, Teheran, Ulan Bator sowie Damaskus und Sanaa – und mit Forschungs- und Kooperationsprojekten weltweit in mehr als 40 Ländern präsent. Das DAI betreibt u. a. eigene archäologisch-altertumswissenschaftliche Forschung und Nachwuchsförderung sowie die digitale Informations- und Forschungsinfrastruktur **iDAI.world** und koordiniert das Forschungsdatenzentrum **IANUS** sowie das **Archaeological Heritage Network**, ein Netzwerk aus Institutionen sowie Expertinnen und Experten, das deutsche Kompetenzen im Bereich des Kulturerhalts und Kulturgüterschutzes für den Einsatz im Ausland zusammenbringt.

Das DAI trägt so dazu bei, wichtige Grundlagen für den interkulturellen Dialog, für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit und für den Erhalt des internationalen kulturellen Erbes zu schaffen. Das DAI als Forschungseinrichtung im Geschäftsbereich des AA trägt maßgeblich zur deutschen internationalen Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik bei, stärkt den europäischen Kommunikations- und Wissenschaftsraum und damit die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit.

Max Weber Stiftung (MWS)

Die MWS unterhält zehn international vernetzte Forschungsinstitute mit geistes- und sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt. Von London, Paris und Washington bis Beirut, Tokio und Delhi arbeiten sie eng mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowohl im Gastland als auch in Deutschland zusammen und schlagen Brücken zwischen Wissenschaftskulturen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht die Auseinandersetzung mit historischen, kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die Institute leisten damit einen wichtigen Beitrag zu aktuellen Debatten, bieten differenziertes Orientierungswissen und fördern das gegenseitige Verständnis in einer zunehmend polarisierten Welt.

Die MWS-Institute bieten etablierten internationalen und deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und dem wissenschaftlichen Nachwuchs Möglichkeiten zur Forschung und Weiterqualifizierung. Damit verbinden sie deutsche Forschungsexzellenz mit internationaler Sichtbarkeit und tragen zur Profilbildung des Wissenschaftsstandorts Deutschland bei. Nach der Schließung des Deutschen Historischen Instituts (DHI) Moskau wird derzeit als Nachfolge das Netzwerk Osteuropa ausgebaut.

Maria Sibylla Merian Centres

Mit den **Maria Sibylla Merian Centres for Advanced Studies** [↗](#) bringt das BMFTR die Internationalisierung der Geistes- und Sozialwissenschaften voran und leistet gleichzeitig einen Beitrag zur Wissenschaftsdiplomatie. An den fünf Merian Centres in Indien, Mexiko, Brasilien, Ghana und Tunesien forschen gemeinschaftlich Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler (Fellows) aus Deutschland, dem Gastland sowie weiteren Ländern zu einem selbstgewählten Schwerpunktthema. Die Merian Centres legen den Grundstein für eine langfristige Zusammenarbeit in den Geistes- und Sozialwissenschaften mit den jeweiligen Weltregionen. Sie eröffnen interkulturelle Perspektiven und helfen dadurch, gesellschaftliche Entwicklungen besser zu verstehen und Lösungsansätze für globale Herausforderungen zu entwickeln.

Research in Germany – Land of Ideas

Unter der Dachmarke „Research in Germany“ wirbt die Bundesregierung international für den FuI-Standort Deutschland. Ziel ist ein starker, einheitlicher Auftritt deutscher Wissenschaftsakteure im Ausland – von Hochschulen über Forschungseinrichtungen und Förderorganisationen bis hin zu innovativen Unternehmen.

Research in Germany bietet von Onlineangeboten über Social Media bis hin zu Veranstaltungen vielfältige Formate zur internationalen Vernetzung und Positionierung. Das vom DAAD redaktionell betreute gleichnamige **Portal** [↗](#) informiert z. B. abgestimmt auf verschiedene Karrierestufen gezielt internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Gleichzeitig erhalten deutsche Einrichtungen praktische Hilfen zur internationalen Ansprache und zur Außen Darstellung. Zentrales Ziel ist es, exzellente Forschende aus aller Welt für deutsche Hochschulen, Institute und Innovationsprojekte zu gewinnen. Ergänzend setzt Research in Germany auch auf zeitlich befristete Wettbewerbe und Kampagnen, um strategische Impulse zu setzen.

12.4 Forschung und Innovation in der EU

Der Europäische Forschungsraum (EFR, engl. European Research Area; ERA) schafft die Rahmenbedingungen für eine grenzüberschreitend agierende und international wettbewerbsfähige FuI-Landschaft. Als größte Volkswirtschaft des europäischen Kontinents und der Europäischen Union (EU) setzt Deutschland aktiv auf europaweite Zusammenarbeit und ein zukunftssicheres europäisches FuI-System. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation in Europa wurde 2021 die Neuausrichtung des EFR eingeleitet. Zeitgleich startete auch das aktuelle EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa. Die jeweils siebenjährigen EU-Rahmenprogramme sind das zentrale Instrument, um einen leistungsfähigen EFR in der Praxis umzusetzen. Mit Eureka und IPCEI stehen zudem unterschiedliche Instrumente für grenzüberschreitende Forschungs- und Entwicklungskooperationen sowie Innovationen in Schlüsseltechnologien zur Verfügung, die insbesondere die Beteiligung von Unternehmen in den Blick nehmen. Der Europäische Verteidigungsfonds (EVF, engl. European Defence Fund; EDF) fördert hingegen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Industrie und Forschungseinrichtungen im Bereich wehrtechnischer und wehrmedizinischer Forschung.

Europäischer Forschungsraum (EFR)

Der **EFR** [↗](#) fördert den freien Wissensaustausch, ermöglicht die uneingeschränkte Mobilität von Forschenden und hilft, Talente aus aller Welt nach Europa zu holen. Mit dem **Pakt für Forschung und Innovation in Europa** [↗](#) setzten sich die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission 2021 zum Ziel, die FuI-Systeme zukunftssicher aufzustellen, Ressourcen zu bündeln und einheitliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei wurden vier Prioritäten gesetzt: die Vertiefung des EFR als „Binnenmarkt für Wissen“, grüner und digitaler Wandel, europaweiter Zugang zu Exzellenz sowie Investitionen und Reformen in FuI.

Zur Umsetzung der Paktprioritäten konkretisiert die ERA Policy Agenda (EPA) eine Bandbreite an FuI-Maßnahmen. Basierend auf den Erfahrungen aus der

erfolgreichen 1. EPA 2022–2024 wurde Mitte 2025 die **2. EPA 2025–2027** [↗](#) beschlossen. Sie umfasst insgesamt 19 Schwerpunktthemen, darunter attraktive Forschungslaufbahnen, die Reform der Forschungsbewertung, Forschungssicherheit, Open Science, Forschungsinfrastrukturen, Chancengerechtigkeit, internationale Zusammenarbeit sowie der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft. Die 2. EPA unterscheidet zwischen ERA Structural Policies einerseits, die auf die Verbesserungen der dauerhaften Rahmenbedingungen im EFR fokussieren, und ERA Actions andererseits, die akute Handlungsbedarfe thematisieren – etwa KI in der Wissenschaft. Die EPA-Umsetzung erfolgt nach dem Prinzip der Freiwilligkeit gemeinsam durch Mitgliedstaaten, Europäische Kommission, Regionen und Wissenschaftseinrichtungen.

Als Grundlage für die strategische Ausrichtung der europäischen FuI-Politik auf nationaler Ebene bis 2027 hat die Bundesregierung Ende 2023 den **Nationalen Aktionsplan für den EFR** [↗](#) vorgelegt. Drei Leitlinien – „Für ein innovatives Europa“, „Für eine exzellente Forschung in Europa“ sowie „Für ein freies Europa“ – sind richtungsweisend für die nationale Ausgestaltung des EFR und verknüpfen die europäischen Prioritäten des Paktes mit den nationalen Zielen und Maßnahmen. Die Umsetzung der Leitlinien erfolgt durch spezifische Maßnahmen in definierten Handlungsfeldern.

Mit dem fünfjährigen nationalen Förderprogramm **„Die europäische Innovationsunion – Deutsche Impulse für den Europäischen Forschungsraum“** [↗](#) stellt das BMFTR zusätzliche Mittel bereit, um gezielt das Engagement deutscher Akteure in europäischen Forschungsnetzwerken und -verbänden und den Transfer europäischer Forschungsergebnisse in Wirtschaft und Gesellschaft zu unterstützen.

Innerhalb des EFR ist Deutschland an zahlreichen weiteren gemeinsamen Maßnahmen, Initiativen und Handlungsfeldern beteiligt: Im **Europäischen Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen** [↗](#) (engl. European Strategy Forum on Research Infrastructures; ESFRI) werden bedeutende paneuropäi-

sche Forschungsinfrastrukturen gemeinsam geplant und finanziert (➔ **9.2 Forschungsinfrastrukturen**). Die **Europäische Cloud für offene Wissenschaft** ↗ (engl. European Open Science Cloud; EOSC) vernetzt Forschungsdateninfrastrukturen und arbeitet eng mit der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) zusammen (➔ **9.3 Dateninfrastrukturen und -verfügbarkeit**). Die paneuropäische **Initiative „EURAXESS – Researchers in motion“** ↗ unterstützt Forschende bei grenzüberschreitenden Karriereverläufen. Allein in Deutschland sind über 110 EURAXESS-Centres angesiedelt. Außerdem ist Deutschland maßgeblich an der Europäischen Weltraumorganisation (engl. European Space Agency; ESA) beteiligt (➔ **4.2 Deutsche Raumfahrt in Europa**).

EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa

Mit einem Budget von 93,4 Mrd. Euro ist **Horizont Europa** ↗ das weltweit größte Forschungs- und Innovationsprogramm. Es fördert exzellente Grundlagenforschung ebenso wie marktorientierte Innovationen und adressiert globale Herausforderungen wie Klimawandel, Gesundheit und Ernährungssicherheit. Sein Ziel ist es, Europas wissenschaftliche Exzellenz und industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Das Programm gliedert sich in drei Säulen. Die erste Säule – Wissenschaftsexzellenz – besteht aus dem **Europäischen Forschungsrat** ↗ (engl. European Research Council; ERC) zur Unterstützung exzellenter Grundlagenforschung, den **Marie-Sklodowska-Curie-Maßnahmen** ↗ (engl. Marie Skłodowska-Curie Actions; MSCA) zur Förderung der Mobilität und der Karriere von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Postdocs und wissenschaftlichem Personal sowie der Finanzierung von Forschungsinfrastrukturen. Die MSCA-Maßnahmen weisen mit 45,1 % einen besonders hohen Anteil geförderter weiblicher Forschender aus. Die zweite Säule – Globale Herausforderungen und industrielle Wettbewerbsfähigkeit – bündelt aktuell Forschung in sechs Clustern mit über 53 Mrd. Euro, etwa zu Gesundheit, Klima, Bioökonomie und Digitalisierung. Die dritte Säule – Innovatives Europa – nimmt die Förderung bahnbrechender Innovationen über den Fonds des **Europäischen Innovationsrats** ↗ (engl. European Innovation Council; EIC), das **Europäische Institut für**

Innovation und Technologie ↗ (engl. European Institute of Innovation & Technology; EIT) und Innovationsökosysteme in den Blick. Der EIC-Fonds mobilisiert über ergänzende private (Wagnis-)Kapitalgeber mehr als das Dreifache der ursprünglichen öffentlichen Investitionen.

Wie schon an den früheren Rahmenprogrammen beteiligen sich die deutschen Forschungsakteure auch intensiv an Horizont Europa, wie eine Auswertung der ECORDA-Vertragsdatenbank (Stand: Januar 2026) zeigt. Mit etwa 8,1 Mrd. Euro – 17,4 % aller Zuwendungen an die EU-Mitgliedstaaten – konnten sie im europäischen Vergleich die meisten Fördermittel einwerben und ihre Aktivitäten erfolgreich durch europäische und internationale Verbundprojekte internationalisieren. Sie werden gefolgt von Frankreich mit 5,7 Mrd. Euro und Spanien mit 5,5 Mrd. Euro. Auch die deutsche Erfolgsquote – das Verhältnis von bewilligten zu eingereichten Anträgen mit deutscher Beteiligung – liegt mit 20,7 % über dem gesamteuropäischen Vergleichswert von 19,9 %.

Mit Horizont Europa (Förderperiode 2021–2027) wurden erstmals **EU-Missionen** ↗ eingeführt, die drängende gesellschaftliche Herausforderungen adressieren. Sie wurden gemeinsam von Expertinnen und Experten, den Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen erarbeitet. Deutschland unterstützt diese nachdrücklich und will deren Sichtbarkeit und Wirkung weiter stärken. Die auf zehn Jahre angelegten Missionen verfolgen ambitionierte Ziele und schaffen Synergien mit nationalen und regionalen Programmen. Die Missionen umfassen fünf Themenfelder: Anpassung an den Klimawandel, Krebs, gesunde Gewässer, klimaneutrale Städte und Bodenschutz. Bis Januar 2026 wurden 321 Projekte bewilligt, davon 220 mit deutscher Beteiligung. Rund 2,5 Mrd. Euro an Fördermitteln wurden vergeben, davon 238 Mio. Euro nach Deutschland (Beteiligungsquote: 69 %). Die Evaluierung 2025 bestätigt: Nach ersten Startschwierigkeiten sind die Missionen auf gutem Kurs.

Wichtiger Bestandteil der europäischen FuI-Förderung sind die **Europäischen Partnerschaften** ↗ im Rahmen von Horizont Europa. Sie tragen dazu bei, die Zusammenarbeit zwischen der EU-Kommission, den Mitgliedstaaten, assoziierten und Drittstaaten sowie öffentlichen und privaten Akteuren innerhalb des EFR zu stärken, und leisten einen wesentlichen

Beitrag zu den politischen Prioritäten der EU, etwa zum European Green Deal, der europäischen Digitalisierung und der nachhaltigen Nutzung der Meere. In den mittlerweile 59 Europäischen Partnerschaften entwickeln und implementieren so private und/oder öffentliche Partner gemeinsam mit der EU-Kommission spezifische Forschungsagenden. Deutschland ist an der Mehrzahl dieser Partnerschaften beteiligt.

COST – Initiative für europäische Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie

Die zwischenstaatliche **Initiative für europäische Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie** [↗](#) (engl. European Cooperation in Science and Technology; COST) unterstützt seit mehr als 50 Jahren erfolgreich den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit zwischen exzellenten Forschenden in Europa und weltweit.

Charakteristisch für COST ist der Bottom-up-Ansatz, der es Antragstellenden erlaubt, Themen selbst vorzuschlagen. Zudem sind die Netzwerke offen gestaltet, sodass sie während der Laufzeit neue Partner aufnehmen können. Außer auf die wissenschaftliche Exzellenz legt COST besonderen Wert auf die Einbindung forschungsschwächerer Staaten, Gender-Balance, Nachwuchsforschende und Interdisziplinarität. Jährlich starten rund 70 neue COST-Aktionen mit einer Laufzeit von jeweils vier Jahren. Für den Zeitraum 2024 bis 2026 sind für COST als Teil von Horizont Europa 120 Mio. Euro aus dem Forschungsrahmenprogramm vorgesehen. Ab Mitte 2027 stellt Deutschland für zwei Jahre eine COST-Präsidentin oder einen -Präsidenten.

In Deutschland unterstützt die **deutsche Koordinationsstelle für COST** [↗](#) Forschende dabei, sich aktiv in COST-Aktionen einzubringen oder neue COST-Aktionen zu initiieren – von der Antragstellung bis zur Teilnahme. Sie informiert, berät und begleitet Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die von den vielfältigen Vernetzungsmöglichkeiten profitieren möchten. Die Koordinationsstelle unterstützt das BMFTR auch bei der Gremienarbeit zu COST und fungiert als Bindeglied zur COST Association.

Europäischer Hochschulraum

1999 legte die Bologna-Erklärung den Grundstein für die Schaffung des **Europäischen Hochschulraums (EHR)** [↗](#). Ziel ist es, grenzüberschreitende Mobilität für Studierende, Lehrende und Forschende sowie das wissenschaftliche Personal zu erleichtern und die europäische Hochschulbildung attraktiver, zugänglicher und anschlussfähig zu machen. Die am Bologna-Prozess teilnehmenden Länder erklären sich freiwillig dazu bereit, ihre nationalen Hochschulsysteme entsprechend den Zielen und Prioritäten des EHR zu reformieren. Das umfasst neben der Einführung des Bachelor- und Mastersystems u. a. die Verbesserung der Qualität von Lehre und Lernen, die Adressierung der sozialen Dimension in der Hochschulbildung und den Schutz der akademischen Freiheit. Politischer Hebel für die Umsetzung der Ziele und Prioritäten sind die Kommuniqués der Konferenz der Bildungsministerinnen und -minister des EHR. Das Tirana-Kommuniqué aus dem Jahr 2024 hebt die fundamentalen Werte akademische Integrität, institutionelle Autonomie, Teilnahme aller Hochschulangehörigen an der Governance sowie die öffentliche Verantwortung für die Hochschulen ebenso wie die öffentliche Verantwortung der Hochschulen hervor. Die nächste Ministerkonferenz findet 2027 in Rumänien und der Republik Moldau statt.

In der EU-Initiative **Europäische Hochschulen** [↗](#) werden seit 2024 insgesamt 65 **Hochschulnetzwerke (EHN)** [↗](#) mit mehr als 570 teilnehmenden Hochschulen gefördert, darunter 67 deutsche Hochschulen, die sich an 59 der Hochschulnetzwerke beteiligen. Über den DAAD fördert das BMFTR seit 2020 die deutschen Einrichtungen komplementär zur EU-Förderung (aus Erasmus+) und hat hierfür bis 2023 knapp 37 Mio. Euro bereitgestellt. Für den aktuellen Förderzeitraum 2024 bis 2030 ist eine Fördersumme von 63 Mio. Euro vorgesehen, von denen bisher knapp 60 Mio. Euro bewilligt wurden.

Erasmus+: EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport

Erasmus+ [↗](#) ist das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Es ermöglicht Menschen aller Altersstufen und in allen Bildungsbereichen, Lernerfahrungen im Ausland zu

sammeln, und fördert den europaweiten Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Bildungsträgern. Für die Laufzeit 2021 bis 2027 stellt die EU dafür ca. 26 Mrd. Euro zur Verfügung – nahezu eine Verdopplung gegenüber dem Vorläuferprogramm (2014–2020). Mit dem Budget soll einer größeren Anzahl von Menschen die Möglichkeit der Teilnahme an Erasmus+ gegeben werden. Damit leistet Erasmus+ einen wichtigen Beitrag zu einem offenen, vernetzten und zukunftsorientierten Europa.

Das aktuelle Programm zielt darauf ab, lebenslanges Lernen stärker zu fördern, nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen, sozialen Zusammenhalt und die europäische Identität zu stärken sowie Innovationen voranzutreiben. Im Zentrum stehen dabei die Themen Inklusion und Diversität, Digitalisierung, politische Bildung und Nachhaltigkeit. Vor allem als Mobilitäts- und Lernprogramm bekannt, fördert Erasmus+ darüber hinaus weitere (Leit-)Aktionen und Initiativen, wie z. B. die oben genannten EHN und das **Programm „DiscoverEU“** [↗](#). Im Rahmen regelmäßiger Verlosungen von Travel-Pässen sowie der Vergaben von DiscoverEU-Jugendkarten wird jungen Europäerinnen und Europäern ermöglicht, Europa und seine kulturelle und landschaftliche Vielfalt kennenzulernen. Auch die Förderung der EU-weit vernetzten regionalen **Zentren der beruflichen Exzellenz** [↗](#), die hochwertige berufliche Kompetenzen vermitteln, unternehmerische Tätigkeiten unterstützen sowie Inklusion und Innovation fördern, zählt zu den Förderinhalten von Erasmus+.

Eureka – weltweites Innovationsnetzwerk

Die europäische und internationale Zusammenarbeit trägt entscheidend dazu bei, deutsche Innovatorinnen und Innovatoren optimal zu vernetzen und ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. Unternehmen und Forschungseinrichtungen profitieren dabei von gemeinsam genutztem Fachwissen, Ressourcen und dem Zugang zu neuen Märkten. Von zentraler Bedeutung dafür ist **Eureka** [↗](#), das sich von einer europäischen Initiative zum größten internationalen Netzwerk zur Innovationsförderung entwickelt hat. Hier arbeiten Ministerien und Förderagenturen aus 47 Ländern weltweit und die Europäische Kommission (Stand: März 2026) zusammen.

Eureka ist grundsätzlich themenoffen und marktorientiert angelegt und ermöglicht so flexible, länderübergreifende Forschungs- und Entwicklungskooperationen von Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Das Eureka-Netzwerk bietet u. a. gezielte bi- und multilaterale Förderaufrufe und Innovationsprogramme wie **„Eurostars“** [↗](#), das sich speziell an KMU richtet.

Eurostars wird mittlerweile in dritter Auflage durchgeführt und ist Teil der von der EU kofinanzierten Europäischen Partnerschaft für innovative KMU, die über Eurostars hinaus ergänzende Maßnahmen umfasst: das **Programm „Fast Track to the EIC Accelerator“** [↗](#) des EIC, das **Förderprogramm „Innowide“** [↗](#), das die Internationalisierung von Start-ups und KMU unterstützt, sowie das Investment Readiness Programme, in dem Unternehmen internationale Geschäftsbeziehungen entwickeln und vertiefen. Die Eureka-Cluster bündeln in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften zusätzlich Kräfte in strategisch wichtigen Technologiebereichen. Die Umsetzung von Eureka in Deutschland wird durch das **Eureka-Büro** [↗](#) im Auftrag des BMFTR unterstützt.

Mit Deutschland und Kanada hatten von Juli 2024 bis Juni 2025 erstmals in der 40-jährigen Eureka-Geschichte zwei Länder gemeinsam den Vorsitz des Innovationsnetzwerks übernommen. In dieser Zeit ist es gelungen, das Netzwerk strategisch zu erweitern (Assoziierung Brasiliens, Re-Assoziierung Südafrikas und Singapurs) und als Think-Tank für globale Challenges strategisch zu nutzen. An einer weltweiten Förderinitiative zu kreislauffähiger Wertschöpfung beteiligten sich 17 Länder aus Europa, Nord- und Südamerika und Asien.

Important Project of Common European Interest (IPCEI)

Bei IPCEI (engl. Important Projects of Common European Interest) handelt es sich um paneuropäische Kooperationen bei Schlüsseltechnologien, die einen bedeutenden Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Souveränität in der EU leisten. Neben bedeutenden Infrastrukturvorhaben werden insbesondere Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben sowie Vorhaben erster industrieller Anwendung mit

besonders hohem Innovationsniveau gefördert. Vorhaben werden durch die beteiligten Unternehmen und Einrichtungen kofinanziert.

Aktuell beteiligt sich Deutschland über das BMW E u. a. an IPCEI zu KI, Mikroelektronik und Kommunikationstechnologie, Cloud Infrastructure and Services (CIS), Batterien sowie den in Planung befindlichen IPCEI zu Advanced Semiconductor Technologies (AST) und Biotechnologie. BMV und BMW E fördern im Rahmen der IPCEI-Wellen im Bereich Wasserstoff (→ **3 Schlüsseltechnologien und technologische Souveränität**).

Europäischer Verteidigungsfonds (EVF)

Um durch zielgerichtete Forschung und Entwicklung die technologische Souveränität Europas zu stärken, die Wettbewerbsfähigkeit der Rüstungsindustrie zu erhöhen und gemeinsame Fähigkeiten zu entwickeln, wurde der **Europäische Verteidigungsfonds** (EVF; engl. European Defence Funds; EDF) aufgelegt. Im Forschungsfenster des EVF können sich grenzüberschreitende Konsortien aus Industrie- und Forschungseinrichtungen unter Beteiligung von mindestens drei Mitgliedstaaten einschließlich Norwegen um die Förderung von Forschungsprojekten mit wehrtechnischem oder wehrmedizinischem Hintergrund bewerben. Auch im etwa doppelt so großen Entwicklungsfenster mit einem Fokus auf der Entwicklung von Rüstungsgütern sind Forschungsanteile möglich (→ **6.4 Verteidigungs- und wehrwissenschaftliche Forschung**).

Maßnahmen der Projektförderung (Auswahl)

Projekte im Programm Eurostars 3

Das BMFTR unterstützt multilaterale FuE-Vorhaben im Rahmen von Eurostars 3 mit dem Ziel, die globale Wettbewerbsfähigkeit innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) sowie des europäischen Binnenmarktes zu steigern und gleichzeitig kooperative Lösungen länderübergreifender Herausforderungen voranzubringen.

12.5 Bilaterale Zusammenarbeit in Europa und weltweit

Um globale Herausforderungen zu meistern und die Entwicklung von Schlüsseltechnologien voranzutreiben, arbeitet Deutschland europa- und weltweit mit Partnerländern und -regionen in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation zusammen. Ziel sind vor allem die gemeinsame Erarbeitung von Forschungsergebnissen, der Ausbau von Forschungskapazitäten vor Ort und der Schutz der Freiheit und Sicherheit von Wissenschaft und Forschung. Grundlage vieler Kooperationen sind bilaterale Abkommen zur Wissenschaftlich-Technologischen Zusammenarbeit (WTZ). Ergänzt werden diese durch bilaterale Kulturabkommen, die auch Hochschulen und Wissenschaft einbeziehen.

Konkrete Projektfördermaßnahmen werden in der Regel mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft aus beiden Ländern umgesetzt. Daneben gibt es themenspezifische und regionalspezifische Programme, um die vorhandenen Kenntnisse und Ressourcen der Partnerländer zu bündeln und effizient zu nutzen. Adressiert wird zudem der Struktur- und Kompetenzaufbau im Rahmen gemeinsamer Forschungs- und Förderinstitutionen, wie bilateraler Stiftungen, die die Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Land strukturell unterstützen.

Durch die Beteiligung an zahlreichen internationalen, meist multilateralen Initiativen verfolgt Deutschland zudem das Ziel, Kräfte zu bündeln, um den technologischen Fortschritt zu fördern und die eigene Innovationskraft langfristig zu sichern.

Bilaterale Verträge und strategische Kooperationen

Die deutsche FuI-Politik zielt darauf ab, mit Ländern zusammenzuarbeiten, die über bedeutende Ressourcen in den Bereichen Wissenschaft und Technologie verfügen. Um eine langfristige Basis für solche bilateralen Länderkooperationen zu schaffen, kommt eine Vielzahl jeweils passgenauer Instrumente zum Einsatz. Dazu gehören bilaterale Abkommen zur **Wissenschaftlich-Technologischen Zusammen-**

arbeit (WTZ) ↗, Memoranda of Understanding (MoU) und Joint Declarations of Intent (JDoI) als Absichtserklärungen mit umfassendem Charakter. Zudem bestehen bilaterale Kulturabkommen, die auch Hochschulen und Wissenschaft einbeziehen, sowie weitere Formate oder Veranstaltungen. Diese bilden den Rahmen für den bilateralen Austausch, die Festlegung gemeinsamer Themen und die Verständigung auf gemeinsame Aktivitäten.

Viele der WTZ-Abkommen oder vergleichbare Vereinbarungen bestehen bereits seit Jahrzehnten und feierten im Berichtszeitraum ihr 30. oder sogar 50. Jubiläum (u. a. mit Israel, Japan, Indien und Südafrika). Gleichzeitig sind andere Abkommen und Absichtserklärungen neu geschlossen worden, wie etwa das deutsch-ukrainische WTZ-Abkommen im Jahr 2024. Weitere Beispiele für strategisch bedeutende Aktivitäten sind das 8. Forum zur deutsch-französischen Forschungsk Kooperation, der deutsch-italienische Aktionsplan, die Absichtserklärung zur bilateralen Forschungsk Kooperation mit Großbritannien und der strategische Ausbau der bilateralen Partnerschaft mit den USA.

Darüber hinaus können Grundlagen für die wissenschaftliche Kooperation auch im Rahmen umfassender Staatsverträge vereinbart werden – etwa im **Aachener Vertrag** ↗ von 2019 mit Frankreich, der 2020 in Kraft trat, und im **Vertrag über Freundschaft und bilaterale Zusammenarbeit** ↗ mit dem Vereinigten Königreich 2025. Konkrete Kooperationen oder Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit werden üblicherweise durch die Unterzeichnung bilateraler Absichtserklärungen und Vereinbarungen geregelt. Diese können einen umfassenden Charakter haben oder sich auf bestimmte Wissenschaftssektoren beziehen.

Deutschland konkretisiert die eigenen langfristigen strategischen Kooperationsziele auch durch die Ausarbeitung von Länder- oder Regionalstrategien, wie z. B. die **China-Strategie** ↗ der Bundesregierung. Auch Rahmenbekanntmachungen können maßgebliche Eckpunkte zu Zielen und Förderinstrumenten (u. a. Mobilität, Forschungsgruppen, Partnerstruk-

turen) festlegen. Eine Antragstellung erfolgt auf der Grundlage der spezifischen Förderaufrufe.

Bilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der Projektförderung

In der länderübergreifenden Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Innovation stellen Projektfördermaßnahmen ein zentrales Instrument dar. Sie stärken gezielt Kooperationen und ermöglichen es, relevante politische Themen aufzugreifen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Internationale Förderprojekte setzen die kooperations- und forschungspolitischen Ziele um, die etwa im jeweiligen WTZ-Abkommen verankert sind. Je nach spezifischer Zielsetzung stehen unterschiedliche bewährte Förderformate zur Verfügung: von der Anbahnung einer Zusammenarbeit über Mobilitätsmaßnahmen und die Unterstützung neuer oder die Stärkung bestehender Kooperationen bis hin zu einer thematisch fokussierten strategischen Projektförderung.

Ein Beispiel sind die 2+2-Projekte – bilaterale FuE-Vorhaben unter Einbeziehung von Wissenschaft und Wirtschaft. Diese zeichnen sich durch ihr Potenzial hinsichtlich Praxisrelevanz und wirtschaftlicher Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse aus. In gemeinsamen beziehungsweise aufeinander abgestimmten Arbeitspaketen der Beteiligten aus beiden Ländern sollen Grundlagen für dauerhafte Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationspartnerschaften zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus Deutschland und dem jeweiligen Partnerland geschaffen werden.

Ein Beispiel für die konkrete Ausgestaltung einer Maßnahme zur Förderung der bilateralen Zusammenarbeit ist die Förderrichtlinie „WEB2025“, die FuE-Projekte zwischen Deutschland und dem Westbalkan unterstützt. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung binationaler Forschungsgruppen in praxisnahen Projekten zu den Querschnittsthemen digitale Transformation, Green Deal und gesunde Gesellschaften. Die Ergebnisse sollen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft Wirkung entfalten. Gleichzeitig stärken sie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einer frühen Karrierephase und fördern den Aufbau von Forschungskapazitäten im Westbalkan. Wichtige Fördermaßnahmen mit der Ukraine, den Ländern der

Östlichen Partnerschaft (ÖP) der EU, Südafrika, Kanada sowie Lateinamerika – dort speziell mit Chile und Uruguay – wurden im Berichtszeitraum initiiert.

Themen- und regionalspezifische Programme

Im Alleingang kann kein Land Antworten auf den Klimawandel, für eine nachhaltige Energieversorgung, zur Ernährungssicherheit und zur globalen Migration finden. Daher wird bei strategisch relevanten Forschungsthemen zu solch weltweiten Herausforderungen gezielt die Zusammenarbeit mit Ländern in den relevanten Weltregionen gesucht und mit Förderprogrammen unterstützt. Ziel ist es, dort auf nationaler Ebene vorhandene Kenntnisse und Ressourcen zu bündeln und effizient zu nutzen. Ein Beispiel sind die Internationalen Partnerschaften für nachhaltige Innovationen CLIENT II, die vor Ort durch Verbundvorhaben Lösungsansätze für den Klima-, Umwelt-, Ressourcen- und den Energiebereich in den Blick nehmen.

Weitere Förderprogramme wiederum heben die geopolitische Bedeutung einzelner Länder oder Weltregionen hervor beziehungsweise verfolgen das Ziel, deren Forschungs- und Innovationspotenzial besonders sichtbar zu machen. Dazu zählen z. B. die verschiedenen Ukraine-Förderprogramme, die Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralasiens und der Östlichen Partnerschaft der EU sowie der bislang dreimal vergebene Deutsch-Afrikanische Innovationsförderpreis (engl. German-African Innovation Incentive Award; GAIIA), mit dem das BMFTR herausragende Leistungen afrikanischer Forscher auszeichnet. Mit den Preisgeldern von bis zu 150.000 Euro können gemeinsam mit deutschen Kooperationspartnern Forschungsprojekte umgesetzt werden, in deren Rahmen eine Weiterentwicklung der erzielten Forschungsergebnisse zu technologischen und Sozialen Innovationen erfolgt.

Das BMZ fördert globale, interdisziplinäre Netzwerke entwicklungsorientierter Hochschulen. Die Forschungs- und Lehrkooperationen zwischen Hochschulen in Deutschland und in Ländern des Globalen Südens befassen sich u. a. mit globaler Gesundheit und One Health, nachhaltiger Stadtentwicklung, erneuerbaren Energien, menschenwürdiger Arbeit und Nahrungs-

mittelsicherheit und tragen so zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bei. Zudem fördert das BMZ die **Strategische Partnerschaft Technologie in Afrika (SPTA)** ↗, die die Technologieentwicklung zur Lösung von Entwicklungs Herausforderungen in Afrika in den Mittelpunkt stellt.

Das aus Mitteln des AA geförderte **DAAD-Programm „Fachzentren Afrika“** ↗ setzt sich bereits seit 2008 zum Ziel, die Ausbildungsqualität und -relevanz an afrikanischen Hochschulen in ausgewählten Fächern zu erhöhen sowie Forschungskapazitäten und Stakeholdernetzwerke auszubauen. Zuletzt sind mit dem afrikanisch-deutschen „Fachzentrum für nachhaltige und resiliente Ernährungssysteme und angewandte Agrar- und Ernährungsdatenwissenschaft“ (Anfang 2025; Beteiligung AA, BMFTR, BMLEH) und dem „African-German Center for Just Energy Transition“ (Anfang 2026; Beteiligung AA und BMFTR) zwei Fachzentren mit Standort in Südafrika gestartet worden.

Weitere Beispiele für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit strategischen Partnerländern und -regionen sind die Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik zur Umsetzung der **BMFTR-Initiative „Lateinamerika. Potenzial“** ↗ sowie die Zusammenarbeit mit den USA und Kanada zu spezifischen und im Sinne der HTAD relevanten Themen. Die Zusammenarbeit mit den USA dient der Stärkung der Innovationsdynamik sowie der Wertschöpfung, Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Souveränität Deutschlands. Weitere themen- und regionspezifische Programme bestehen u. a. mit Italien, Frankreich, Griechenland und Uruguay im Bereich Grüner Wasserstoff, mit Israel zum Thema Wassertechnologien und mit Frankreich bei den Themen KI und Batterieforschung.

Mit dem **Bilateralen Kooperationsprogramm (BKP)** ↗ stärkt das BMLEH bestehende Partnerschaften in der Agrar-, Ernährungs- und Forstwirtschaft in Drittländern und baut strategische Partnerschaften auf und aus. So werden agrarpolitische und wirtschaftliche Interessen und Innovationspotenziale adressiert und die Agrarexportstrategie des BMLEH durch gegenseitige Win-win-Effekte unterstützt. Darüber hinaus stehen als weitere Förderinstrumente der **Bilaterale Treuhandfonds** ↗ in Kooperation mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (engl. Food and Agriculture

Organisation; FAO), internationale Forschungsoperationen im Bereich Welternährung und internationale Projekte für nachhaltige Waldwirtschaft sowie bilaterale Forschungsoperationen mit ausgewählten Partnerländern zur Verfügung.

Struktur- und Kompetenzaufbau

Der gemeinsam mit Partnerländern gestaltete Aufbau und Unterhalt von internationalen Förder- und Forschungseinrichtungen erweist sich immer wieder als die dauerhafteste und nachhaltigste Form internationaler Kooperationen. Sie eröffnen dabei neue Möglichkeiten für den wissenschaftlichen Austausch und etablieren langfristige Partnerschaften auf Augenhöhe.

Auf der einen Seite ermöglichen gemeinsame Einrichtungen, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dauerhaft und grenzüberschreitend zusammenarbeiten, kulturelle und methodische Unterschiede produktiv nutzen und gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen entwickeln. Auf der anderen Seite dienen sie als Orte des intellektuellen Dialogs und der kritischen Reflexion, die zur Stärkung der wissenschaftlichen Exzellenz in Deutschland und in den Partnerländern beitragen. Beispiele sind die Maria Sibylla Merian Centres, die Einrichtungen der Max Weber Stiftung (➔ **12.3 Wissenschafts- und Mittlerorganisationen**), aber auch Einrichtungen wie das **Indo-German Science and Technology Centre (IGSTC)** ↗, das gemeinsam vom BMFTR und dem indischen Department of Science and Technology (DST) finanziert wird, und die vom BMZ geförderten, in Afrika angesiedelten Institute des internationalen **Agrarforschungsnetzwerks CGIAR** ↗ (engl. Consultative Group on International Agricultural Research).

Gleichzeitig spielen bilaterale Förderinstitutionen, wie beispielsweise Stiftungen, eine zentrale Rolle bei der strukturellen Unterstützung der Zusammenarbeit. Sie ermöglichen gezielte Projektförderung, Talentförderung und den Aufbau von Netzwerken, die den wissenschaftlichen Austausch dauerhaft tragen. Durch transparente und gemeinsame Förderstrukturen wird Vertrauen geschaffen, was auch die diplomatischen Beziehungen zwischen den Ländern stärkt. Wissenschaft wird so nicht nur zum Motor für Innovation, sondern auch zu einem Instrument der Verständigung und internationalen Kooperation. Der-

artige Strukturen füllen somit eine bedeutende Rolle in der Wissenschaftsdiplomatie aus. Beispiele hierfür sind in der Kooperation mit Israel die **Stiftung deutsch-israelisches Zukunftsforum** ↗, der **Stiftungsfonds Martin-Buber-Gesellschaft** ↗ und die Programme der **Minerva Stiftung** ↗ sowie in der Kooperation mit Polen die **Deutsch-Polnische Wissenschaftsstiftung** ↗.

Ein weiterhin aktuelles Beispiel mit hohem Stellenwert ist die **Veranstaltungsreihe „China-Orientierung“** ↗, mit der die Bundesregierung seit 2020 deutsche Hochschulen, Wissenschaftsorganisationen und die Länder bei der Ausgestaltung und Risikoabwägung ihrer Kooperation mit China unterstützt und so zum Ausbau unabhängiger China-Kompetenz beiträgt. Dazu zählt auch die „Juristische Erstberatung“, die Hilfestellung für die juristische Gestaltung der Kooperation anbietet. Bislang wurden im Rahmen der China-Orientierung mehr als 75 Veranstaltungen durchgeführt.

Weitere Beispiele zum Struktur- und Kompetenzaufbau finden sich in der Zusammenarbeit mit der Ukraine, mit Polen, Tschechien (**Dioscuri-Zentren**) ↗, Italien (**Villa Vigoni**) ↗, Frankreich (**Centre Marc Bloch**) ↗, Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador und Kolumbien, beim Ausbau des Netzwerks „**Arab-German Young Academy of Sciences and Humanities (AGYA)**“ ↗ und in Subsahara-Afrika sowie in Form der Kompetenzzentren für Klimawandel und nachhaltiges Landmanagement **WASCAL** ↗ und **SASSCAL** ↗ im westlichen und südlichen Afrika.

Beteiligung an multilateralen und internationalen Initiativen mit „Drittstaaten“

Deutschland engagiert sich in zahlreichen internationalen Initiativen, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Partnerländern außerhalb der EU vernetzen. Dadurch stärkt Deutschland die Internationalisierung des Europäischen Forschungsraums (EFR) und trägt dazu bei, mit den Partnerstaaten an gemeinsamen Lösungen für globale Herausforderungen zu arbeiten. Wesentliche Grundlagen dieser strategischen Internationalisierung stellen einerseits das Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ und andererseits nationale und europäische Strategien zur Internationalisierung im

Kontext der veränderten geopolitischen Situation Europas dar.

Mit der Beteiligung an multilateralen und internationalen Initiativen mit „Drittstaaten“ außerhalb der EU verfolgt Deutschland das Ziel, technologischen Fortschritt zu fördern und die eigene Innovationskraft langfristig zu sichern. Die Kooperation mit außereuropäischen Partnerländern eröffnet den Zugang zu neuen Wissensquellen, Talenten und Märkten. Zugleich stärkt sie Europas internationale Wettbewerbsfähigkeit und die des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland. Neben der Sicherung exzellenter Forschung steht dabei auch die wertebasierte Zusammenarbeit im Mittelpunkt. Ein zentrales Instrument hierfür ist die Wissenschaftsdiplomatie, die Kooperation mit der Sicherung des europäischen Wertekanons und der regelbasierten Ordnung verbindet.

Besonders deutlich wird dieser Ansatz vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, im Zuge dessen verschiedene europäische Initiativen zur Kooperation mit deutscher Beteiligung auf den Weg gebracht wurden. Ein Beispiel dafür ist das **EU-Projekt „LUKE (Linking Ukraine to the European Research Area)“** ↗, das sich den Aufbau einer multilateralen Förderplattform zum Ziel gesetzt hat. Über die Finanzierung transnationaler Forschungs- und Innovationsvorhaben und des Kapazitätsaufbaus in der Ukraine soll die Integration des Landes in den EFR gestärkt werden. Zudem setzt sich das BMFTR im Rahmen der internationalen **Konferenzen für den Wiederaufbau der Ukraine** ↗ (engl. Ukraine Recovery Conference; URC) dafür ein, Wissenschaft und Forschung mit in den Mittelpunkt der Anstrengungen zu stellen – als Teil der internationalen Koalition für Wissenschaft, Forschung und Innovation in der Ukraine.

Weitere wichtige multilaterale Projekte, Initiativen und Partnerschaften bestehen mit Japan, Südostasien, Zentralasien, Lateinamerika sowie dem südlichen und östlichen Mittelmeerraum, in dem seit 2018 die **Förderinitiative „PRIMA (Partnership for Research and Innovation in the Mediterranean Area)“** ↗ besteht.

Maßnahmen der Projektförderung (Auswahl)	
Forschungs- und Entwicklungsprojekte zwischen Deutschland und dem Westbalkan (WEB2025)	Das BMFTR fördert bilaterale FuE-Vorhaben, um Kooperationen zu stärken, die Westbalkanstaaten an die großen europäischen Innovationsprogramme heranzuführen und exzellente Forschung zu unterstützen.
Forschungsprojekte mit Tunesien (TUNGER-2+2-Projekte)	Das BMFTR unterstützt bilaterale FuE-Vorhaben zwischen deutschen und tunesischen Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft mit dem Ziel, einen gegenseitigen Marktzugang und eine nachhaltige wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern zu schaffen.
Projekte in der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens	Das BMFTR fördert themenoffene FuE-Projekte mit östlichen und zentralasiatischen Kooperationspartnern mit dem Ziel, Kooperationsbeziehungen zu etablieren und die Sichtbarkeit deutscher Forschungsexzellenz in den Partnerregionen zu erhöhen.
Projekte in der Forschungs- und Innovationszusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik	Das BMFTR fördert FuE-Projekte in Kooperationen mit den Staaten Lateinamerikas sowie der Karibik mit dem Ziel der Stärkung der deutschen Wissenschaftslandschaft sowie der Verbesserung der Marktpotenziale für die deutsche Wirtschaft.
CLIENT II – Internationale Partnerschaften für nachhaltige Innovationen	Das BMFTR unterstützt FuE-Vorhaben, die in Kooperation mit ausgewählten Schwellen- und Entwicklungsländern innovative und nachhaltige Lösungsansätze im Klima-, Umwelt- und Energiebereich entwickeln.
Bilaterale Forschungsk Kooperation und Wissensaustausch für internationale nachhaltige Waldbewirtschaftung	Das BMLEH fördert die internationale forstliche Forschungszusammenarbeit mit dem Ziel, die Nutzung der Wälder weltweit auf eine nachhaltige Waldbewirtschaftung umzustellen.
Deutsch-Afrikanischer Innovationsförderpreis	Das BMFTR zeichnet afrikanische Forschende für herausragende Leistungen mit einem Förderpreis aus, der mit einer Zuwendungssumme von bis zu 150.000 Euro für ein zweijähriges FuI-Projekt gemeinsam mit einem deutschen Kooperationspartner dotiert ist. Hierdurch werden nicht nur technologische und Soziale Innovationen, sondern auch ein Ausbau der Kooperation zwischen deutschen und afrikanischen Forschungs- und Innovationsakteuren ermöglicht.
Bilaterale Zusammenarbeit in Computational Neuroscience Deutschland – USA	Das BMFTR fördert u. a. bilaterale Forschungsprojekte deutsch-US-amerikanischer Verbände, die im Bereich der Computational Neuroscience arbeiten, um zum wissenschaftlichen transnationalen Austausch der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in diesem Bereich und zum Fortschritt bei der Untersuchung komplexer neurowissenschaftlicher Fragestellungen beizutragen.
Forschungsprojekte mit Kanada unter Beteiligung von Wissenschaft und Wirtschaft (2+3-Projekte) zum Thema Batterie- und Batteriematerialienforschung	Das BMFTR fördert bilaterale FuE-Vorhaben auf dem Gebiet der Batterie- und Batteriematerialforschung, um Beziehungen zu stärken und Kompetenzen zu bündeln sowie zur Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit beizutragen.
Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit (WTZ) mit Uruguay – Schwerpunkt Grüner Wasserstoff (2024)	Das BMFTR fördert mit dieser Richtlinie bilaterale FuE-Projekte mit Partnern aus Uruguay, die Wasserstofftechnologien adressieren, um die Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit (WTZ) zwischen Deutschland und Uruguay im Bereich Grüner Wasserstoff zu intensivieren.
Zusammenarbeit mit dem östlichen und südlichen Mittelmeerraum (PRIMA)	Das BMFTR unterstützt in internationaler Zusammenarbeit FuE-Vorhaben im Bereich Wassermanagement und Landwirtschaftssysteme, um eine effizientere und nachhaltigere Lebensmittelversorgung im Mittelmeerraum zu erreichen.
Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit (WTZ) mit Südafrika (2025)	Das BMFTR fördert südafrikanisch-deutsche Verbundprojekte im Bereich „Künstliche Intelligenz für gesellschaftliche Transformation“, um die Wissenschaftlich-Technologische Zusammenarbeit (WTZ) mit Südafrika zu stärken und bestehende Forschungskapazitäten im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) in Deutschland und Südafrika auszubauen und damit zur Umsetzung der Hightech Agenda Deutschland beizutragen.